

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

17.5.1929 (No. 113)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Verantwortlich
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschaffblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Reparationsverhandlungen

Die Gläubigerdelegierten zum Berichtentwurf

Die Beratung der Delegationen der Gläubigerstaaten auf Grund des nun übermittelten Entwurfes des Berichtes über die Arbeiten der Konferenz hat Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz von Owen Young begonnen.

Nach Habas beziehen sich die deutschen Vorschläge auf die Möglichkeit eines zweijährigen Moratoriums für den geschützten Teil der deutschen Schuld, und zwar sowohl hinsichtlich der Transferrierung als auch der Ausföhrung, auf die Sicherheitsklausel, die es Deutschland erlauben soll, sich im Falle finanzieller und wirtschaftlicher Schwierigkeiten an die Bank für internationale Zahlungen zu wenden und auf die Aufhebung der Finanz- und Wirtschaftskontrolle des Dawesplanes. „Matin“ gibt über die voraussichtliche Antwort der Gläubiger an, daß eine Aussetzung des Transfers vielleicht, aber eine Aussetzung der in Deutschland erfolgenden Zahlungen nicht in Frage komme. Was eine Revisionsmöglichkeit anlangt, so dürfte auf jeden Fall die Initiative nicht von Deutschland kommen, hier hat Amerika das Wort. Dies wird durch „Echo de Paris“ dahin präzisiert: Solange die Vereinigten Staaten nicht eine Revision ihrer Gläubigeransprüche zulassen, können wir eine solche an unseren Anprüchern nicht ins Auge fassen. Ein vollkommenes Verschwinden der Pfänder komme gewiß nicht in Frage, jedoch seien Milderungen möglich.

Über die Frage des Fortganges der Verhandlungen verlautet nichts Bestimmtes. Jedoch darf angenommen werden, daß wenn die Gläubigerstaaten sich untereinander auf ein Verhandlungsprogramm geeinigt haben, vielleicht morgen, Samstag, eine Volltagung unter Beteiligung der deutschen Delegation stattfinden wird. Wodan wird wohl eine kurze Pause in den Verhandlungen eintreten.

Die österreichischen Vorkriegsschulden

WVB. Paris, 17. Mai. (Tel.) Das „Journal“ bezeichnet als schwierigsten der Vorbehalte der deutschen Delegation die Frage der Liquidierung der Schulden des alten Österreich. Der Vertrag von Saint Germain bestimmte, daß die Nachfolgestaaten Österreichs, also die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Italien proportional die alten österreichischen Schulden, die auf 10 Milliarden Goldkronen geschätzt werden, verteilen.

Der Vertrag habe bestimmt, daß Deutschland für diese Verpflichtungen garantiere. Von den deutschen Sachverständigen werde nun, so schreibt „Journal“ weiter, erklärt, daß die Nachfolgestaaten ihrerseits die Schulden bezahlen müßten, und daß diese Zahlungen für die Liquidierung der restlichen 21 Annuitäten sehr gelegen kämen. Man brauche nicht zu erwägen, daß es unmöglich sei, diesen Weg einzuschlagen.

Amerika und die Reparationsbank

Der Habasvertreter in Washington will aus autorisierter Quelle erfahren haben, daß die amerikanische Regierung, wenn sie auch eine direkte oder indirekte Beteiligung an der Reparationsbank ablehne, doch keine Einwendungen dagegen erheben werde, daß amerikanische Bankgruppen oder Privatpersonen sich an diesem Organismus beteiligen.

Die steuerfreie Reichsanleihe

Vorerst nur Auflegung von 300 Millionen

Reichsfinanzminister Dr. Sifferding machte der Presse folgende Mitteilungen:

Die Anleihe wird zu einem Ausgabefuß von 99 Proz. mit 7prozentiger Verzinsung ausgegeben, und zwar in Stücken von 100, 500, 1000, 5000, 10 000 und 20 000 RM. Die Zinsscheine sind zahlbar am 2. Januar und 1. Juli d. J. Als erste Tranche sollen 300 Millionen aufgelegt werden. Die Anleihe ist für 5 Jahre un kündbar und dann können in den folgenden 10 Jahren alljährlich 10 Proz. zur Auslösung kommen, wobei die Rückzahlung pari erfolgt. Die Vanzprovision beträgt 1 1/2 Proz. Die Steuerbefreiung ist lediglich bei der Erbschaftsteuer auf die Zeichner beschränkt, sonst gilt sie auch für die zweite Hand.

Der Reichsfinanzminister erklärte weiter: Die steuerfreie Anleihe sei in Deutschland ein Novum, während sie in Frankreich und Belgien als Finanzierungsmittel bekannt sei. Man habe zu dem Anreiz der Steuerfreiheit schreiten müssen, um auf diese Weise den Erfolg der Anleihe zu sichern. Es sei falsch, von einer katastrophalen Finanzlage Deutschlands zu sprechen, denn wenn die Anleihe den Erfolg hat, den sie haben muß, dann sei auf alle Fälle ein bestimmter Teil der finanziellen Schwierigkeiten ein für allemal beseitigt. Der Minister betonte schließlich, daß ein Mißbrauch der Zeichnungsmöglichkeiten von Seiten der Finanzämter niemals eintreten könne, weil diese Listen in den Händen der Banken lägen und vollkommen geheim gehalten würden. Die Führung bei der Anleihe habe die Reichsbank.

Ruppe in Nürnberg wiedergewählt. Nachdem die zehnjährige Amtszeit des demokratischen Oberbürgermeisters Dr. Ruppe von Nürnberg abgelaufen war, hat der Stadtrat ihn mit 88 Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und des Christlichen Volksdienstes auf zehn Jahre wiedergewählt. Die Stadträte der Fraktion Schwarz-weiß-rot und der Wirtschaftspartei gaben 15 weiße Stimm ab. Hierauf wurde der bisherige zweite Bürgermeister Martin Tren (Sozialdemokrat) unter Umwandlung seiner bisherigen ehrenamtlichen Stelle in eine berufsmäßige Stelle von den Sozialisten und Demokraten gegen die Stimmen sämtlicher Rechtsparteien ebenfalls auf zehn Jahre wiedergewählt.

Letzte Nachrichten

Reichsteuereinnahmen im April 1929

WVB. Berlin, 17. Mai. Im Monat April 1929 hat das Aufkommen von den Besitz- und Verkehresteuer (alle Angaben in Millionen Reichsmark) 723,5 und von Verbrauchsteuern 215,9, mithin im ganzen 939,4 betragen. Die Einnahmen sind durch die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer, die jeweils im ersten Monat eines Vierteljahres stattfinden, beeinflusst worden. Im Vergleich zum Januar ergibt sich ein Mindeeraufkommen von 29 bei der Einkommensteuer, von 7 bei der Körperschaftsteuer und von 26,6 bei der Umsatzsteuer.

Keine Auflösung des Braunschweiger Landtags

WVB. Braunschweig, 17. Mai. (Tel.) Im Landtag wurde der Antrag der Gemeinschaft der Mitte auf Auflösung des Landtages und Auseraumung der Neuwahlen mit 24 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Der Mißtrauensantrag der Rechten wurde mit 24 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Bei der letzteren Abstimmung hat sich die Gemeinschaft der Mitte der Stimme enthalten. Der Landtag beschloß ferner, die Zahl der Abgeordneten für die nächste Legislaturperiode von 48 auf 40 zu verringern.

Bund für koloniale Erneuerung

WVB. Berlin, 17. Mai. (Tel.) Während seiner Bundestagung in Götting vom 4. bis 6. d. M. hatte der Bund der Kolonialfreunde die Verschmelzung mit der Gesellschaft für koloniale Erneuerung beschlossen. Diese ist in ihrer geistigen Vorbildung diesem Zweck beizutreten, und hiernach hat sich der neue „Bund für koloniale Erneuerung e. V.“ konstituiert. Zum ersten Vorsitzenden wurde Reichsminister a. D. Dr. Kili, Mitglied des Reichstages, gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Max Cohen-Neuß, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, als geschäftsführender Vorsitzender Wilhelm Widauß. Dem Vorstand gehören weiter an die Herren Waltrauf, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Dr. Gremer, Mitglied des Reichstages, Oberregierungsrat Dr. Dannert, von Heintz, Geheimrat Cahl, Staatssekretär z. D. Dr. Kempner, Keinhart und Lemmer, Mitglieder des Reichstages, Geh. Raurat Schubert, Dr. Stern-Mubarth, Thorwirt und Oberregierungsrat Dr. Teubertius.

Rückkehr des „Graf Zeppelin“

Wegen Maschinenschadens

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Donnerstagabend wegen Maschinenschadens über Spanien seine zweite Amerikafahrt abbrechen müssen und die Rückreise nach Friedrichshafen angetreten. Heute morgen befand sich das Luftschiff bereits über der Rhonemündung, kam aber wegen des starken Westwinds (Nordwindes) nur langsam vorwärts.

Infolge starken Gegenwindes und Ausfallens dreier Motore, fährt der „Graf Zeppelin“ nur mit geringer Geschwindigkeit. Die Durchfahrtslaubnis für den Rückflug durch Frankreich ist bewilligt worden.

Im Kampf mit dem Gegenwind

WVB. Paris, 17. Mai. (Tel.) Wie die Agentur Habas von der Flugstation Marseilles berichtet, hat das Zeppelinluftschiff um 7 Uhr früh heute bei St. Marie-de-la-Mer die französische Küste erreicht. Es hat gegen einen starken Gegenwind anzukämpfen und flog das Rhonetal aufwärts. Um 9.45 Uhr überflog das Luftschiff mit geringer Geschwindigkeit und in niedriger Höhe die Stadt Nîmes. Eine Habasmeldung besagt außerdem, daß das Luftschiff in der Umgebung von Nîmes um 9 Uhr in seiner Fahrt durch einen starken Gegenwind von 8 Sekundenmetern gehalten wird.

Nach weiteren Meldungen sucht das Luftschiff gegen den Wind durch Jidgards anzuweichen. Es fährt jetzt in der Richtung auf Lyon mit 50 Kilometer Geschwindigkeit das Rhonetal aufwärts. An Nord ist alles wohl.

Ein englischer Korrespondent über die Rückkehr

WVB. London, 17. Mai. (Tel.) Der Sonderkorrespondent des „Daily Chronicle“ an Bord des „Graf Zeppelin“ sandte gestern folgenden Rundfunk an sein Blatt: „7.20 Uhr abends über Cartagena (Spanien). Wir befinden uns bereits auf der Heimfahrt. Dr. Siffers Beschlus zurückzuführen, ist in jeder Hinsicht lobenswert. Es muß ihm freilich große Überwindung gekostet haben, einen solchen Beschlus zu fassen nach einer Fahrt, die so außerordentlich rasch und günstig war. Die Ursache ist Maschinenschaden. Etwa 420 Meilen vor Erreichung Gibraltar wurde ein Bruch in der Rurbelwelle eines der Steuerbordmotore entdeckt. Die Passagiere hörten die Nachricht von dieser unwillkommenen Entdeckung mit großer Fassung an. Das Luftschiff fährt weiterhin ebenso ruhig und stetig wie zuvor. Es besteht wirklich kein Grund zur Enttäuschung. Sobald der Fehler ausgebessert ist, kann die Reise wieder begonnen werden. Es ist ein Reiz, das allen Transportmitteln zustoßen kann. Alle Passagiere sehen einem neuen Start entgegen.“

Das preussische Konkordat mit dem Vatikan. Wie die „Germania“ mitteilt, soll das preussische Staatsministerium, nachdem der Landtag seine Verhandlungen vor Pfingsten zum Abschluß gebracht hat, heute, Freitag, zu einer Sitzung zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht der Vertragsabschlus mit dem Vatikan, über dessen Grundzüge eine Vereinbarung erfolgt sein soll.

Wirtschaftliche Umschau

Die deutsche Rheinschiffahrtsgemeinschaft — Gefoga und Süwega — Margarine — Linoleum

Die Deutsche Rheinschiffahrtsgemeinschaft, die nun durch die Beschlüsse der in Mannheim abgehaltenen Generalversammlungen der Gesellschaften der badischen und der preussischen Gruppe zustande gekommen ist, bringt die sowohl durch die Auslandskonkurrenz wie überhaupt durch die schwierige Lage der Rheinschiffahrt notwendig gewordene Rationalisierung und Zusammenfassung, auf die auch die Verluste der Rhein-See in Köln dringend hinwiesen. Die beiden Gruppen, die ja zum großen Teil in Händen des badischen und preussischen Staates sind, werden nun ihren gesamten Schiffahrtsbetrieb gemeinsam durchführen und stellen damit eine einzige große deutsche Rheinschiffahrtsgesellschaft dar, neben der es allerdings außer den Kleinschiffen noch einige in privaten Händen befindliche deutsche Schiffahrtunternehmungen gibt. Dadurch daß die Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln ihren Sitz nach Mannheim verlegt, ist Mannheim zum Mittelpunkt der deutschen Rheinschiffahrt geworden.

Die Zusammenfassung bedeutet auch eine innere Stärkung der Reichsbahn gegenüber, die übrigens selbst an der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln beteiligt ist. Da der unheilvolle Konkurrenzkampf weiter andauert, sind ein Ausgleich und eine Neuordnung zu erstreben. In den Berichten der badischen Gesellschaften hieß es darüber, man könne unmöglich annehmen, daß die Reichsbahn bei ihren Kampfzügen ihr Auskommen finde, denn man könne einfach nicht einen Transport über 300 Kilometer wesentlich billiger ausführen (und zwar in absoluten Zahlen!) als einen solchen über 150 Kilometer. Es müssen eben dann andere Güter, für die keine Ausnahmetarife geschaffen sind, die Last eines solchen Tariffsystems tragen, in erster Linie die Transporte auf nahe Entfernungen. Eine Einigung im Sinne der Rheinschiffahrt würde und müßte also eine Rationalisierung des gesamten Verkehrswezens zu Schiff und zu Bahn mit sich bringen. Die Gesellschaften verweisen darauf, daß die Reichsverfassung die Gleichmäßigkeit der Behandlung aller Staatsbürger in der Tarifpolitik fordere und ebenso auch die Staatsverträge die Verächtlichung der historisch begründeten Interessen der Länder bezüglich ihrer Häfen verlangen. Die Verödung der deutschen Oberrhein- und Mainhäfen sei ein Spiegelbild der Auswirkungen der heutigen Tarifpolitik der Reichsbahn.

Der Kampf um die Gasversorgung Hessens geht weiter. Nachdem sich der Aufsichtsrat der Hessischen Kommunalen Gasversorgung (Hefoga) für das Angebot der Ruhrgas-A. G. ausgesprochen hat, hat die Süddeutsche Gas-A. G. (Süwega), der bekanntlich auch die großen Städte Nord- und Mittelbadens zugehören, ein neues Angebot an die Hefoga gerichtet und in einer der Öffentlichkeit unterbreiteten Denkschrift erklärt, daß der geringfügigen Preisdifferenz sehr wichtige kommunalpolitische Vorteile durch die Gruppengasversorgung gegenüberständen. Die Süwega erklärt sich nun bereit, die Gaszeugungsstätten Frankfurt und Mannheim gemeinsam mit den von der Hefoga zur Fortführung der Gasversorgung bestimmten Werken in Mainz in ein neues Großgasunternehmen zur Gruppenversorgung einzubringen, also eine Produktionsgemeinschaft zu errichten.

Der Vorstand der Hefoga hat in einer Antwort darauf erklärt, daß das von der Ruhr angebotene Ferngas 4500 Wärmeeinheiten (gegen 4200 Wärmeeinheiten des Süwegas) habe, und daß das Ruhrgas 4,5 Pf. pro Kubikmeter kosten werde, während das Süwegas 6 bis 13 Pf. kosten sollte. Die Furcht vor einem Monopol der Ruhr sei übertrieben. Verschiedentlich wird jedoch in Hessen selbst Opposition gegen den Beschlus des Aufsichtsrates der Hefoga laut. Gestern hat der Provinzialausschuß der rechtsrheinischen Provinz Starkenburg sich dahin ausgesprochen, daß nur einer Gasversorgung zugestimmt werden könne, welche die gemeinwirtschaftliche Erzeugungsbeteiligung sicherstelle und die Beteiligung Hessens an der Produktion zur Voraussetzung habe.

In der dieser Tage abgehaltenen Generalversammlung des Vereins Deutsche Fabriken A. G. Mannheim machte sich seitens der freien Aktionäre starker Widerstand gegen die Geschäftsführung geltend, welche in ihrer

Abhängigkeit vom holländisch-englischen Margarinetrust auch für die Allgemeinheit abträglich sei. Dabei erfuhr man, daß der Trust 80 Proz. des Aktienkapitals des Vereins Deutsche Ölfabriken A. G. kontrolliert.

Der Margarinetrust, dessen Spitzengesellschaft die „Margarine Union“ ist, ist im Laufe der Jahre zu einem Welttrust geworden, der mit einem Milliardenaktienkapital arbeitet und sich in seinem Umfang und seiner Weltgeltung mit der I. G. Farben vergleichen läßt, nur daß sein Aufbau viel komplizierter und unübersichtlicher ist. Die Aktien des Margarinetrusts sollen in Berlin (wie bereits in Amsterdam und London) börsenfähig gemacht werden. Dann wird auch, da ja die Zulassungsstelle darüber zu verfügen hat, genaueres über den Aufbau und die innere Struktur des Riesenunternehmens bekannt werden, dessen Hauptgruppen, Van den Berg und Jürgens, sich vor ihrem Zusammenschluß im Herbst 1927 noch heftig bekämpft hatten. Es handelt sich hier um ein ausländisches kapitalistisches Unternehmen, das seit der Inflationszeit in Deutschland immer stärkeren Fuß faßt, und es wird jetzt behauptet, daß der Trust bereits in 30 Fabriken rund 70 Prozent der deutschen Margarineproduktion kontrolliert. Der Rest der Produktion mit etwa 30 Proz. wird in 60 bis 65 freien Fabriken hergestellt. Der Einfluß des Trustes geht über ganz Europa, ferner breitet er sich auf dem Weg über seine englischen Unternehmungen immer weiter über außer-europäische Länder aus. Außerdem verfügt er durch seine Kauforganisationen auch über einen großen Teil der pflanzlichen Rohstoffe (Kopra, Palmkerne, Erdnüsse). Schließlich ist er, auch in Deutschland, an einer Reihe anderer Fabriken, Ölmühlen, Seifenfabriken (Elida), Schokoladefabriken, Teegefäßfabriken, Bergwerken, Woltereien, Schiffahrtsunternehmen (insgesamt 200 Firmen) beteiligt.

Der Konzern verfügt zwar noch nicht über ein Monopol, da von ihm in Deutschland immerhin noch 30 Proz. der Margarineproduktion unabhängig sind. Trotzdem ist der Kampf der freien Fabriken sehr schwer, einmal wegen der starken Finanzgrundlage des Trustes, und außerdem weil sie im Rohstoff- und Ölbezug von den Konzernunternehmen zum Teil abhängig sind und ihre Basis darin immer schmaler wird. Andererseits findet eine Preisdiktatur für Margarine in der immer mehr sich steigenden Buttererzeugung in der ganzen Welt ein Hindernis.

Ein anderer europäischer Konzern von bedeutendem Umfang, der nahezu die gesamte kontinentale Erzeugung beherrscht, ist der internationale Linoleumtrust mit seiner Spitzengesellschaft, der im Februar 1928 gegründeten Continental Linoleum-Union in Zürich. Diese internationale Gesellschaft, deren Aktien in Zürich bereits zugelassen, in Berlin und Amsterdam eingeführt werden, hat dieser Tage auf ihrer Generalversammlung ihr Aktienkapital auf 50 Millionen Franken erhöht, wobei jedoch zu bedenken ist, daß es sich um eine Holding-Gesellschaft handelt, und der Kapitalumfang der ihr zugehörigen Betriebsgesellschaften erheblich größer ist.

Dem Konzern sind sämtliche festländischen Linoleumfabriken mit Ausnahme eines deutschen und eines italienischen Ausenleiters angeschlossen, von den deutschen Fabriken Vietigheim, Maximiliansau (Wals), Berlin-Köpenick, Welken bei Berlin, die drei Werke in Delmenhorst bei Bremen, die Koppappenzfabrik in Worms, Gubiasco in der Schweiz, Koppaga in Schweden, Libau (Lettland). Weiter hat der Konzern Beziehungen zu Oslo (Norwegen), der I. G. Farben (Düneberger Werk), ferner besitzt der Konzern die Aktienmehrheit der „Niederländischen Linoleumfabrik Krommenie“ und eine starke Beteiligung an einer französischen Fabrik (Carlino) in Reims, während in Polen eine neue Fabrik des Konzerns im Bau ist. Nur noch in Amerika und England gibt es ernsthafte Konkurrenz, doch steht man mit englischen Werken, die auch stark in Frankreich interessiert sind und dortigen Werken beteiligt sind, in Verhandlungen. Die der Continental Linoleum-Union in Zürich zugehörigen Gesellschaften haben auf 50 Jahre einen Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen. Den Vorsitz in dem Konzern führt die Deutsche Linoleum A. G., in der seit längerem die deutschen Fabriken zusammengefaßt sind.

Eine Reichstanzlerrede in Stuttgart

Bei der Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule Stuttgart sprach auf einem Festessen auch Reichstanzler Müller. Er streifte die Reparationsfrage und fragte dabei, ob es zehn Jahre nach dem Abschluß des Weltkrieges nicht endlich an der Zeit sei, für die Reparationsfrage eine Lösung zu vereinbaren, die von allem Kriegsgeist entgittert sei. Die ernste Lage der Reichsfinanzen erfordere schleunigst finanzielle Maßnahmen, vor allem zur Besserung der Kassenlage. Zur sogenannten Reichsreform sprach er die Hoffnung aus, daß die eingeleiteten umfangreichen Vorarbeiten der Konferenz möglichst bald zu einem, Reich und Länder befriedigenden Abschluß gelangen. Es komme gerade jetzt sehr auf die Zusammenarbeit des gesamten deutschen Volkes an.

Der Reichsrat hat am Donnerstag der 500-Millionen-Anleihe ohne Einspruch zugestimmt. — Wie aus den Abstimmungslisten jetzt hervorgeht, haben in der Mittwochssitzung des Reichstags auch 10 Mitglieder der Deutschen Volkspartei gegen das Anleihegesetz gestimmt.

Im preussischen Landtag wurde am Donnerstag ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten und den Innenminister wegen der Mainurruhen mit 210 Stimmen gegen 46 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, bei 33 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei, abgelehnt. Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Aus dem Reichstag

Abgeordnete als „verantwortliche“ Redaktoren — Die Dr. Preußenhilfe — Sanierung von Schidau.

Die letzte Reichstagsitzung vor den Pfingstferien hatte am Donnerstag, wie schon kurz gemeldet, Vorn- und Sturmreden zu verzeichnen. Ohne Aussprache waren die Luftfahrtabkommen mit Holland und Norwegen angenommen worden. Dann aber wurde es lebhaft, als der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge auf Genehmigung zur Straferfolgung von Abgeordneten zur Beratung kam.

Während früher solche Anträge durchweg abgelehnt wurden, hat sich schon seit längerer Zeit im Geschäftsausschuss der Brand durchgesetzt, die Straferfolgung freizugeben gegen Abgeordnete, die als verantwortliche Redaktoren einer Zeitung oder Zeitschrift in Verleumdungsprozesse verwickelt sind. Der Geschäftsausschuss geht davon aus, daß bei der Verweigerung der Straferfolgung auch in solchen Fällen die Abgeordneten von verantwortlich gezeichneten Zeitschriften überhaupt nicht wegen Verleumdung oder Verleumdung gefaßt werden könnten. Im vorliegenden Falle hatte der Ausschuss die Straferfolgung freigegeben gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer und den kommunistischen Abgeordneten Klein wegen Verleumdung der Presse. Ein weiterer Fall betraf den kommunistischen Abgeordneten Berg, der bei den Demonstrationen auf der Publikumstribüne des Reichstags Kriminalbeamte beleidigt haben soll.

Von den Nationalsozialisten und den Kommunisten wurde heftig gegen die Anträge des Ausschusses protestiert, von den Nationalsozialisten in Reden und Zwischenrufen so heftig, daß es nicht nur Ordnungsrufe hagelte, sondern die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Fried, Dr. Goebels und Stöbe vom Präsidium aus dem Saale gewiesen wurden. Da sich die Hinausgewiesenen aber ohne weiteres entfernten, beschränkte sich der lärmende Streit auf die Mitglieder des Hauses, und es brauchte die Polizei nicht in Aktion zu treten. Die Antragsanträge wurden angenommen.

Die Vorlage zur Dr. Preußenhilfe wurde dann in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Reichsernährungsminister Dietrich betonte, daß das Reich im Rahmen seiner beschränkten Mittel in Verbindung mit Preußen der notleidenden Grenzprovinz weiterhelfen und diese Hilfe bei einer Besserung der Finanzlage auch auf andere notleidende Gebiete im Osten ausdehnen wolle. Die Kommunisten lehnten ab, weil ihre Änderungsanträge abgelehnt worden waren.

Angenommen wurde auch in zweiter und dritter Lesung die Vorlage, mit der die Schidauwerte saniert und in Form einer Aktiengesellschaft mit Reichsmitteln fortgeführt werden sollen. Gegen diese Vorlage stimmten Wirtschaftspartei, Bayer. Volkspartei, Kommunisten, Deutsche Bauernpartei und ein Teil der Demokraten. Die Gegner aus den bürgerlichen Parteien begründeten ihre ablehnende Haltung damit, daß die Sanierung in wirtschaftlicher Beziehung doch kaum Erfolg haben werde, wenn auch nationale und sozialpolitische Gründe dafür sprächen.

Bei der dann folgenden zweiten Beratung des Etats für Ernährung und Landwirtschaft kamen noch Redner der Nationalsozialisten und der Christlichnationalen Bauernpartei zum Wort. Die Beratung soll in der ersten Sitzung nach den Pfingstferien, am Montag, den 3. Juni, nachm. 8 Uhr, fortgesetzt werden.

Der Erfolg der Autonomisten im Elsaß

Die nun vorliegenden Kommentare und Wahlstatistiken zeigen die Niederlage der bisher durchaus nach Paris orientierten Sozialistischen Partei in sämtlichen größeren Städten außer Mülhausen und in einer großen Zahl mittlerer und Industriegebieten des Elsaß. Die Sieger sind überall nicht die Kommunisten oder eine rechtsbürgerliche Gruppe, sondern die vereinigten Heimatsrechtsparteien, manchmal mit, manchmal ohne Teilnahme der Kommunisten. Darum ist das politische Ergebnis der Wahlen dies: auch die letzte und am festesten organisierte Partei, die der Assimilationspolitik Vorschub leistete und die Heimatsbewegung oft geradezu fanatisch belämpfte, ist von den autonomistischen Parteien geschlagen worden. Schon seit einiger Zeit machen sich bei den Sozialisten Bestrebungen bemerkbar, eine der Heimatsbewegung freundschaftlichere Haltung einzunehmen. Es ist wahrscheinlich, daß die Richtung nun Oberwasser bekommt.

In Straßburg rechnet man bestimmt damit, daß die Autonomisten ihren in Besangon eingeleiteten Führer, Dr. Koss, hier mit einer der höchsten Stimmziffern in den Gemeinderat gewählt wurde, für den Bürgermeisterposten vorgeschlagen und damit auch durchdringen werden. Wegen des Marbais des ebenfalls in den Straßburger Rat gewählten Autonomisten Paul Schall, der infolge des Colmarer Komplotturteils seiner bürgerlichen Ehre verberaubt ist, ist das Verwaltungsgericht bereits in Anspruch genommen worden, um die gesetzliche Ungültigkeitserklärung herbeizuführen. Dasselbe gilt für den ehemaligen, im Herbst abgewählten Abgeordneten Hoff in Colmar, der mit seiner ganzen Liste glatt gesiegt hat und jedenfalls zum Maire von Colmar gewählt werden wird.

Ein Abrüstungsmanifest in England

Premierminister Baldwin und Ramsay MacDonald sowie Lloyd George, also die Führer der drei großen Parteien, haben auf ein vom Abrüstungsmanifestationsausschuss veröffentlichtes Manifest geantwortet. Der Ausschuss wurde nach einer Konferenz gebildet, die in London vom Friedensauschuss der Quäker abgehalten wurde, und an der die Vertreter von über 20 Gesellschaften teilnahmen. In dem Manifest heißt es: Der Versuch, eine allgemeine Abrüstung durch den Völkerverbund herbeizuführen, ist bisher schiefgeschlagen. Das Manifest fordert, daß die britische Regierung in der Abrüstung die Führung übernimmt und allen Staaten den Abschluß von Vereinbarungen anbietet, um durch friedliche Mittel Streitigkeiten ausnahmslos zu regeln. Weiter wird verlangt, daß die britische Regierung das Prinzip der Freiheit der Meere annimmt außer gegenüber einer Macht, die als Angreifer anerkannt wird.

In seiner Antwort erklärte Baldwin, die Anregung, daß Großbritannien anderen Ländern endgültige Vorschläge für eine weitgehende Abrüstung machen soll, werde von der britischen Regierung in bezug auf Flotten durchgeführt werden. Was die Landstreitkräfte anbelangt, sei die britische Regierung der Ansicht, daß ein besserer Fortschritt erzielt werde, wenn die Initiative von den starken Militärmächten ergriffen werde.

Macdonald führte in seiner Antwort aus, der Pakt von Paris hätte sofort als Grundlage für eine befriedigende Abrüstungsvereinbarung verwandt werden müssen. Eine vollständige Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien sei jetzt möglich und müßte sofort erzielt werden.

In der Antwort Lloyd Georges wird nachdrücklich eine Minderungsverminderung verlangt und die Entwicklung der freundschaftlichsten Beziehungen mit den Vereinigten Staaten befristet.

Badische landwirtschaftliche Genossenschaftstagen

Mittwoch vormittag begannen in dem großen Festsaal zu Karlsruhe die jährlichen Landestagen der badischen landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Organisationen. Reichsernährungsminister Dietrich, der sein Erscheinen und ein Defizit in Aussicht gestellt hatte, mußte im letzten Augenblick telegraphisch absagen, weil er in Berlin durch dringende Geschäfte zurückgehalten war. Die Tagung war aus allen Landesteilen zahlreich besucht. Der Verbandspräsident Reibel eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Darauf begann zunächst die Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank, über die bereits berichtet wurde.

Verbandes badischer landw. Genossenschaften (Vorsitz)

In seiner Begrüßungsansprache verbreitete sich Präsident Reibel über die Notlage der Landwirtschaft und die Bestrebungen und Versuche zur Besserung durch staatliche Unterstützung, insbesondere aber durch Selbsthilfe, kam dann auch auf die Frage der Vereinheitlichung der landwirtschaftlichen Organisationen zu sprechen, wobei er insbesondere vollständige politische und religiöse Neutralität verlangte. Anwesend seien 370 Genossenschaften mit 900 Teilnehmern.

Minister des Innern Dr. Kemnitz

wies auf die herzlichen und sympathischen Beziehungen zwischen den badischen Landesbehörden und dem Genossenschaftsverband hin. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft werde voll anerkannt. Man müsse sich aber bemühen, diese Lage auch geschichtlich zu verstehen und das Problem der Staatshilfe, aber auch der Selbsthilfe, in seinem wahren Wesen erfassen, Produktion und Absatz fördern und durch eine gebiegene und rationell-wirtschaftliche Ausbildung des Nachwuchses die Landwirtschaft wieder existenz- und lebensfähig machen. Die alten Formen der Hilfe für die Landwirtschaft allein seien nicht mehr anwendbar. Er begrüße deshalb die Bestrebungen der organisatorischen Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Organisationen zur Sicherung der Existenz, ohne den überhaupt keine Möglichkeit bestehe, aus dem Elend herauszukommen. Hierbei müsse man sich aber mit Vertrauen und Geduld wappnen, denn was in Jahrzehnten verfaßt worden sei, könne nicht in zwei Jahren wieder eingeholt werden. Notwendig sei aber auch eine tiefere Erkenntnis der Zusammenhänge von Produktion und Absatz. Wenn die Landwirtschaft auf den vorgezeichneten Grundriss aufbaue, sei er überzeugt, daß sie eine andere Position wieder im Wirtschaftslieben einnehmen werde. Gemeinliche Arbeit und Gemeinlichkeit des Vieles sei das Gebot der Stunde.

Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Graf Douglas, betonte die innige Zusammenarbeit von Landwirtschaftskammer und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Dem vom Verbandspräsidenten Reibel erzielten Jahresbericht:

ist zu entnehmen: Im Jahre 1928 sei die schwere Bürde, die das deutsche Volk, insbesondere die Landwirtschaft zu tragen habe, nicht leichter geworden, auch nicht trotz guter Ernte. Zu der großen Geld- und Kreditnot, zu hohen Steuern und Abgaben seien Absatzstörungen und rückläufige Preise gekommen. Die Selbsthilfeorganisationen hätten nach Kräften zu helfen gesucht. Die Absatzfrage werde nur dann gelöst werden können, wenn das nötige Geld beschafft werden könne, die Landwirtschaft genossenschaftlich dächte und handelte, Qualitätsware herstellte und in der Genossenschaft die Preisverpflichtung durchgeführt werde. Außerordentlich zu begrüßen sei, daß die Reichsregierung zur Aufhebung der Absatzfrage Mittel aus dem sogenannten Rostprogramm zur Verfügung gestellt habe. Leider könnten aber nur einige Gebiete (Milch- und Mollereiprodukte, Obst und Gemüse, Vieh) Berücksichtigung finden. Aufgabe der landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen müsse es sein, den Landwirten das schwere Los nach Kräften zu erleichtern, ihnen die Vorteile des Großbetriebes und Großbezuges zu bieten. Nur mit fremdem Kapital zu arbeiten, sei unrentabel. Genossenschaftswesen bedeutet Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Selbsthilfe. Die Kreditgenossenschaften arbeiteten mit aller Macht daran, die Sparkapitalien im Lande zu sammeln. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. v. J. 1426 Genossenschaften und Vereine, davon 1344 eingetragene Genossenschaften, und zwar 683 mit unbefristeter und 659 mit beschränkter Haftpflicht.

Die landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Bezugs-, Konsum- und Absatzvereine haben sich weiterentwickelt.

Die Getreidelagerhausgenossenschaften hatten ein schweres Geschäft. Die mengenmäßig gut ausgefallene Ernte bereitete Schwierigkeiten, da das Angebot die Nachfrage überstieg. Die Getreidemengen sind größer gewesen, aber die Weltnot stand beim Absatz hindernd im Wege. Bei den stetig nachgebenden Preisen müsse das Geschäftsergebnis als nicht befriedigend bezeichnet werden. Auch das Grünkerngeschäft war schlecht. Das Getreidebüro Mannheim war starker Abnehmer für Getreide.

Die Milch- und Mollereigenossenschaften hatten eine erhebliche mengen- und wertmäßige Steigerungen der Umsätze zu bewältigen. Die vorhandenen Einrichtungen reichten oft nicht aus. In steigendem Maße mußte zur Milchverarbeitung übergegangen werden. Die Qualität der Mollereierzeugnisse sei besser geworden. Die badische Markenbutter habe gute Abnehmer gefunden. Die von den landwirtschaftlichen Organisationen mit dem Verband badischer Milchbedarfsvereine angestrebte Verständigung sei weiter fortgeschritten, und es stehe zu hoffen, daß sie im Jahre 1929 zum Abschluß komme. Das Jahr 1928 habe auch eine Zusammenfassung sämtlicher landwirtschaftlichen Genossenschaften im Badischen Mollereiverband gebracht.

Für die Cerealsgenossenschaften war das Geschäft befriedigend. Die in den Wintergenossenschaften organisierten badischen Winter haben durch den Frostschaden im Mai 1928 starke Verluste gehabt. Der Mengenausfall ergab im Landesdurchschnitt etwa eine Drittel- bis halbe Ernte, im Taubergrund sogar eine Missernte.

Infolge der Ausdehnung der Tabakanbaufläche in Baden und im Reich konnten die Tabakpflanzergenossenschaften ihren Tabak nur sehr langsam und zu wenig befriedigenden Preisen abgeben.

Die Dreiecksgenossenschaften haben sich weiterentwickelt. Die Weiden der Weidgenossenschaften waren fast alle voll besetzt.

Die Kreditgenossenschaften haben sich gut entwickelt. Die Stärkung des Eigenkapitals ging langsam vonstatten. Die erreichten Erfolge berechneten zu der Hoffnung, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch weiterhin der Landwirtschaft ihr Los nach Kräften erleichtern.

Durch die Revisionverteilung des Verbandes wurden in Berichtsjahr 1927 Jahresrechnungen geprüft und 720 gesetzliche Verwaltungsrevisionen und Kassenprüfungen durchgeführt. Letztere haben sich gut bewährt.

Badischer Tell

Badischer Industrie- und Handelstag

Wünsche der badischen Handelskammern

Der Badische Industrie- und Handelstag war am 8. Mai im Sitzungssaal der Handelskammer Lahr zu einer Präsidialkonferenz zusammengetreten. Die Handelskammer Mannheim wurde als Vorsitzende für die Dauer von vier Jahren wieder gewählt. Als ältester unter den badischen Handelskammerpräsidenten dankte Kommerzienrat Seiblauff, Lahr, der Handelskammer Mannheim für die bisherige bewährte und erfolgreiche Führung der Vorortsgeschäfte und würdigte mit Kommerzienrat Schuster, Freiburg, die Verdienste des Präsidenten Lenel und seiner Mitarbeiter.

Der Vorsitzende, Präsident Lenel, gedachte des 25jährigen Dienstjubiläums des Professors Dr. Klauß, Mannheim, und des fünfzigsten Geburtstages des Herrn Dr. Jordan, Wilmshausen, und besprach dann die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage. Die immer noch ershörend hohe Ziffer der Arbeitslosen, die drückende Steuerlast, das trotz mancher Teilerfolge bescheidene Ergebnis unserer Handelspolitik geben zu ernstlicher Sorge Veranlassung. Die beengte Lage der Reichskasse, die beschäuflichte Feuerfreie Anleihe, die schwere Belastung des Reichshaushalts durch die Arbeitslosenversicherung, die bitteren Enttäuschungen in Paris und Genf beleuchteten die erste innen- und außenpolitische Lage des Reichs. In diesen Tagen sei es Aufgabe der deutschen Wirtschaft, trotz aller Ungenügsamkeit, durch welche die Lage gekennzeichnet sei, den Mut nicht zu verlieren, sondern mit ganzer Kraft an der Überwindung der Schwierigkeiten mitarbeiten zu helfen. Der Vorsitzende brachte die steuerpolitischen Forderungen der letzten Monate noch einmal zur Geltung. Starke Befremden habe vor allem Erhöhung der Einheitswerte bis zu 20 Proz. hervorgerufen. Es sei dringend erwünscht, daß durch eine neue Veranlagung die der Wirtschaft der letzten Jahre ausgeglichen werden. Eine Reform der Kirchensteuern sei in Baden unaussprechlich, nachdem auch in anderen Ländern Änderungen eingetreten seien, die der Eigenart der Kirchensteuern mehr Rechnung tragen als die bisherige Regelung.

Die Bedeutung der in Aussicht genommenen Autostraße Gansstättle—Frankfurt—Basel (Hafaba) für das Land Baden wurde anerkannt und die Förderung des Planes von der Mehrheit als wünschenswert bezeichnet.

Auf Anregung der Schwarzwalder Handelskammer wird beschlossen, dafür einzutreten, zur Vereinfachung der Fahrpläne bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe zu beantragen, daß eine erste Ausprache über die künftige Gestaltung des Fahrplanes schon jeweils kurz nach der internationalen Jahrestagung stattfinden möge.

Im Anschluß an einen Bericht des Herrn Dr. Silberbrand, Mannheim, über wichtige Gegenwartsfragen des Flugverkehrs und im besonderen über die Reichsunterstützung wurde dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß die über Baden laufenden Linien bezüglich der Reichsunterstützung eine Behandlung erfahren, die der Bedeutung Badens als Grenzland und der badischen Fluglinien als internationale Verbindungslinien von Nord und Süd und Ost und West Rechnung trägt.

Die Versammlung beschäftigte sich mit der Frage Eisenbahn- und Kraftwagenverkehr. Es sei auch im Interesse der Wirtschaft zu wünschen, daß der Ausgleich zwischen diesen beiden im Wettbewerb liegenden Verkehrsmitteln in friedlicher Weise erfolgen möge. Abzusehen sei der Gefahr, durch eine Ermäßigung der Bahnpreise für hochwertige Güter den Wettbewerb mit dem Kraftwagenverkehr besser zu ermöglichen. Die damit verknüpfte fruchtliche Mehrbelastung der Bahnhöfe stelle eine Gefahr für die von der Wirtschaft weit abliegenden Wirtschaftskreise dar.

Die Versammlung beschloß nach einem Bericht von Herrn Dr. Erdmich, Lahr, über die Zweckmäßigkeit der Gebäudenwertversicherung davon abzugehen, die Einführung der Rewertversicherung durch die Badische Gebäudenwertversicherungsanstalt zu verlangen. Der Abteuerungsatz, der in Baden zur Angleichung der Entschädigung an den Baukostenindex gewährt werde, erscheine aber sowohl im Hinblick auf die tatsächlichen Wiederaufbaukosten als auch im Vergleich zu den Abteuerungsätzen anderer deutscher Länder als zu gering. Es wurde deshalb beschlossen, die Zulässigkeit der privaten Zusatzversicherung, wie sie bis zum Jahre 1902 möglich gewesen war, wieder zu erstreben.

Mit Rücksicht darauf, daß sowohl in Sachsen als neuerdings auch in Preußen die Handelskammern das Recht erhalten haben, die Listen der Offenbarungseide in ihren Mitteilungen zu veröffentlichen, wird beschlossen, in Baden sich um eine gleiche Regelung zu bemühen.

Die Versammlung sprach sich außerdem über folgende Gegenstände aus: Rohstoffverorgungsprogramm der Wirtschaftlichen Vereinigung, Behandlung der Handwerksnolle, Ausstellung ungedeckter Schecks, Mißstände im Wechselverkehr, Auftragsvergebungen.

Landtagswahlen am 27. Oktober

Die Neuwahlen zum Badischen Landtag finden voraussichtlich am 27. Oktober 1929 statt. Die Rechte der Volkvertretung werden bis zum Zusammentritt des neuen Landtags vom Landständischen Ausschuss wahrgenommen. Bis zum Tage der Landtagswahl kann das alte Plenum jederzeit nochmals zusammenzutreten, wenn ein Drittel der Abgeordneten es wünscht.

Zu den Landwirtschaftskammerwahlen

hat nun der der Kommunistischen Partei nahe stehende „Badische Bauern- und Pächterbund“ in allen vier Wahlkreisen eigene Listen aufgestellt. Alle übrigen landwirtschaftlichen Organisationen haben, wie schon gemeldet, eine Einigungsliste eingereicht.

Stipendium aus der Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung

Aus der Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung ist ein Reise- und Studienstipendium im Betrage von 500 Reichsmark an einen begabten badischen Musiker zu vergeben. Bewerbungen müssen unter Anschluß der erforderlichen Nachweise (Studien-, Zeugnis-, Geburts- und Vermögenszeugnis, Staatsangehörigkeitsnachweis) binnen 4 Wochen beim Unterrichtsministerium eingereicht werden.

Aus der badischen Industrie

Die bekannte Schuhfabrik Gebrüder Kraft in Fahrenau (Wiesental) kann in diesem Jahre auf ihre 75jäh. Bestehen zurückblicken. Gegründet von Wilhelm Kraft im Anfang des Jahres 1854 als Kolbgerberei, die nach einiger Zeit 8 Gesellen beschäftigte, hat sich das Unternehmen zu seiner heutigen Größe und Bedeutung emporgeschwungen und beschäftigt rund 500 Arbeiter. Mit dem Aufblühen der Firma eng verknüpft ist der Aufschwung der Gemeinde Fahrenau überhaupt, die bei Gründung der Fabrik etwa 300 Einwohner zählte, und heute auf eine Einwohnerzahl von 1900 angewachsen ist. Das Unternehmen ist seit jeher Familienbesitz und Familienunternehmen gewesen.

Aus der Landeshauptstadt

Widerstand in der Werbung für eine Karlsruher Freiwillige Feuerwehr. Der Aufruf, den kürzlich der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe zur Neubildung einer Freiwilligen Feuerwehr erteilt hat, einen Widerstand zu begegnen. Bis jetzt sind die Meldungen ganz ungenügend. Der Stadtrat will nun einen zweiten Aufruf erlassen. Auch in den verschiedenen Vororten ist eine Krise entstanden, die teils schon zur Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr geführt hat.

Badisches Landes-Theater. Das Lustspiel „Das große ABC“ von Marcel Pagnol, das am Samstag, dem 18. Mai, durch Max Falkenberg und sein Ensemble zur hiesigen einmaligen Aufführung kommt, ist eine außerordentlich wirkungsvolle Zeitfärbung, die ebenso wie in Paris auch wo anders spielen könnte. Nach vorliegenden Berichten schafft Falkenberg mit seiner großen Kunst eine Figur von erschütternder Tragik und feinstem Humor. Der große Künstler errang mit dieser Darstellung bei seinen Gastspielreisen auf 26 Bühnen einen geradezu beispiellosen Erfolg. Neben ihm spielen zwei weitere Hauptrollen Blanche Dergan vom Komödienhaus und Robert Garrison vom Deutschen Theater in Berlin.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die von Bessien aus der Vorderseite einer neuen, für unser Gebiet aber bedeutungslosen atlantischen Zykone herangezogene Hochdruckwelle hat mit dem polaren Hochdruckgebiet Verbindung erhalten, so daß heute ein mächtiger Teil hohen Drucks sich vom Eismeer über das Nordmeer bis nach England erstreckt. Hierdurch ist eine Druckverteilung entstanden, bei der aus Norden Kaltluft über Skandinavien nach dem südeuropäischen Tiefdruckgebiet strömt. In ganz Mitteleuropa ist es daher seit gestern etwas kühler geworden. Da jedoch die Kaltluft gleichzeitig zu Erweiterung des Hochdruckgebietes nach Osten führen wird, ist wieder mit Erwärmung durch Einstrahlung bei heiterem Wetter zu rechnen. **Wetterausblick:** Meist heiter, trocken und tagsüber wieder wärmer, nachts kühl.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Mai	16. Mai
	Gea	Gea
Amsterdam 100 G.	168.90	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	111.95	112.17
Italien 100 L.	21.995	22.035
London 100 £.	20.35	20.42
New York 100 \$.	4.2015	4.2095
Paris 100 Fr.	16.415	16.455
Schweiz 100 Fr.	80.91	81.07
Wien 100 Schilling	59.02	59.14
Prag 100 Kr.	12.431	12.451

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Befragung des Reichsbankdirektoriums vom 15. Mai 1929 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10¹/₂ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7576 pence.

Maschinenfabrik Badenia, Weinheim. Die Gesellschaft, die bekanntlich zur Abwendung des Konkurses am 29. April Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt hatte, gibt ihren vorläufigen Liquidationsstatus bekannt. Danach betragen die Aktiven 1.556.000 RM abzüglich 1.214.000 RM Hypotheken und Abrechnungen und 194.000 RM bevorrechtigte Forderungen, so daß für die Masse 146.000 RM verbleiben. Demgegenüber belaufen sich die Passiven auf 378.000 RM. Die Liquidationsfrist der Gläubiger läuft bis zum 21. Mai. Forderungen bis 100 RM werden voll ausbezahlt.

Daimler-Benz. In der Aufsichtsratsitzung der Daimler-Benz-A.G., Stuttgart-Untertürkheim, wurde der Abschluß für 1928 vorgelegt. Der Bruttoüberschuss beträgt 26,8 Mill. Reichsmark. Nach Abzug von 12,2 Mill. Reichsmark Aufwänden, 5,8 Mill. Reichsmark für soziale Abgaben und Steuern — dabei wird wieder keine Dividende verteilt — und Zinsen auf Teilschuldverreibungen und Bankschulden von 2,8 Mill. Reichsmark sowie endlich 42.000 Reichsmark Aufsichtsratsanteile verbleiben 5,8 Mill. Reichsmark. Auf diese Summe von 5,85 (i. B. 4,3) Mill. Reichsmark zu Abschreibungen verwandelt werden; der Rest von 15.583 Reichsmark wird gemeinsam mit dem vorjährigen Gewinnvortrag von 861.000 Reichsmark auf neue Rechnung vorgelegt. Der Abschluß hat sich auch im neuen Geschäftsjahre günstig entwickelt, so daß die Verwaltung eine weitere Kräftigung des Unternehmens erhofft.

Die Tonwarenindustrie Wiesloch A.-G. Wiesloch veröffentlicht ihren Bericht über das 29. Geschäftsjahr 1928. Der Reingewinn beliefert sich auf 142.681 RM. Folgende Verteilung wird vorgeschlagen: Reservefonds 7126 RM, 6 Proz. Vorzugsdividende 720 RM, 4 Proz. Vorzugsdividende auf die Stammaktien 78.400 RM, 2 Proz. Superdividende auf die Stammaktien 39.200 RM, 10 Proz. Tantieme an den Aufsichtsrat 3920 RM. Zumeistung an den Sonderreservefonds 10.000 RM. Der Rest von 8883 wird auf neue Rechnung vorgelegt. Die Konkurrenz von Ersatzbaustoffen und -baumaterialien machte sich immer noch fühlbar; die süddeutsche Ziegelindustrie hatte außerdem unter steigender Einfuhr von Auslandfabrikaten aus Frankreich, Holland und der Schweiz zu leiden. Mit den Preisen der unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Auslandswerke können die mit höheren Löhnen, Steuern und sozialen Lasten arbeitenden einheimischen Firmen nicht Schritt halten. Der befriedigende Abschluß gestattet, die gleiche Dividende von 6 Proz. wie im Vorjahr in Vorschlag zu bringen. Die Generalversammlung findet am 24. Mai statt.

Der Fall Himmelsbach. Der bayerische Finanzminister teilte im Landtagsausschuß mit, daß der Fall Himmelsbach vor kurzem durch einen Zwangsvergleich erledigt worden sei, mit dem auch der Staat durchaus zufrieden sein könne. Die Firma Himmelsbach habe sich verpflichtet, die gegen den bayerischen Staat erhobene Entschädigung nicht weiter zu verfolgen. Die Frage, welche Betriebe dieser Firma wieder eröffnet werden, befindet sich gegenwärtig noch in der Schwebe.

Lilli Lehmann 7.

W.D. Berlin, 17. Mai (Tel.) Gestern starb die berühmte Sängerin Lilli Lehmann in ihrer Villa im Grunewald in ihrem 81. Lebensjahre.

Nach den letzten Meldungen ist die Zahl der Todesopfer der Katastrophe in Cleveland auf 127 gestiegen. Da die Einwirkungen des Giftgases auf das Blut bei der Katastrophe fortandauern, werden stündlich neue Todesfälle gemeldet. Es wird mitgeteilt, daß das Giftgas ein Gemisch aus Jodin- und Bromindämpfen gewesen sei. Dieses hätte sich aus den verbrannten Filmen für die Nüctgenaufnahmen entwickelt. Diese Bildstreifen seien mit einer Jodin-Jodin-Silber-Lösung versehen.

In Nord des Norddampfers „Columbus“ ist das Flugzeug „Bremen“, mit dem der deutsche Ozeanflug ausgeführt wurde, in New York eingetroffen. Es soll in der Grand Central Station einen Ehrenplatz finden.

17 Genossenschaftlichen Formten im Berichtsjahr ihr 25., 17 andere ihr 30. und 10 ihr 40jähriges Jubiläum begehen. In 292 Verwaltungsratsmitglieder und Veteranen des Genossenschaftswesens wurde die Ehrenurkunde des Verbandes verliehen.

Die Gründung der „Regens-Lebensversicherungsbank“ hat einen neuen Aufgabenzweig gebracht, und das Interesse für ihre Aufgaben beginnt immer reger zu werden. In der Feuer- und Lebensversicherung wurden 155 Brandschäden in Höhe von 216.000 Reichsmark reguliert. Die Einnahmen aus Prämienleistungen erreichten bei weitem nicht diesen Betrag.

Die 1927 gegründete Badische Bauernkrankenkasse weist eine Mitgliederzahl von nahezu 10.000 auf.

Zum Schluß gibt der Jahresbericht der Hoffnung Ausdruck, daß eine vernünftige Erzeugerpolitik die Landwirtschaft wieder rentabel mache, daß die Zukunft die Einigung der Landwirtschaft bringen und der Bauernstand wieder der erste Stand und die Grundlage des Staates werden möge.

Die Versammlung genehmigte hierauf einmütig die Jahresrechnung, erteilte der Verbandsleitung Entlastung und brachte dann schließlich einige Wünsche organisatorischer und wirtschaftlicher Art vor, die der Vorstand in Erwägung zu ziehen versprach.

Der Präsident Meidel schloß darauf die Verhandlungen mit dem Wunsch, daß Zusammenschluß, Zusammenarbeiten, Vertrauen und Einigkeit im Dienste des Vaterlandes bald wieder eine bessere Zukunft herbeiführen möge.

In dieser Tagung nahmen außer dem badischen Innenminister Dr. Kemmele auch mehrere andere Vertreter des Innenministeriums sowie des Finanzministeriums teil.

Am gestrigen Donnerstag wurden die landwirtschaftlichen Versammlungen im großen Festsaal fort- und zu Ende geführt. Zuerst fand die 8. ordentliche Generalversammlung der

Badischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft,

die die Warenzentrale darstellt, statt. Direktor Pilger erstattete den Jahresbericht und führte dabei u. a. aus, daß an Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Saatgetreide, Saatkartoffeln, Speisekartoffeln, landw. Maschinen, Geräten, Brennmaterial usw. über 2 Millionen Zentner im Gesamtumsatz von 11.510.708 Reichsmark umgesetzt wurden. Erfolgt wurden an Getreide, Kartoffeln, Heu, Rüben usw. insgesamt 280.450 Zentner im Gesamtumsatz von 2.850.130 RM, so daß der Gesamtumsatz sich auf 14.360.838 RM beliefert. Der Umsatz an Halbbünger erhöhte sich um 700.000 Zentner. Der Mittelstand war am Jahreseschluß 706 mit 1567 Anteilen. Geschäftssumme und Hoffsumme betragen 5.171.100 RM.

Der Geschäftsbericht wurde genehmigt, ebenso die Bilanz, der zu entnehmen ist, daß die Aktiven mit 3.484.588 RM abschließen und nach Abschreibung von 67.798 RM einen Reingewinn von 27.521 RM verbleibt, der zu drei Vierteln dem Reservefonds zugeföhrt und mit dem Restbetrag auf neue Rechnung vorgelegt wird. Alle weiteren Tagesordnungspunkte (Entlastung, Aufsichtsratswahlen) usw. wurden debattelos genehmigt.

Nach einer kurzen Pause folgte der

14. Verbandstag des Badischen Molkereiverbandes.

Hier erstattete der Geschäftsführer Dipl.-Landwirt Wehmer den Jahresbericht, in dem festgestellt wird, daß im Jahre 1928 eine Zunahme des Milchviehbestandes um rund 12.000 Stück zu verzeichnen ist. Die Zahl der Milchkuhe hat um rund 3400 Stück zugenommen. Die Zahl der nur zur Milchgewinnung gehaltenen Kühe hat um rund 7000 Stück zugenommen, während die Zahl der Kühe, die zur Milch- und Arbeitsleistung gehalten werden, um ungefähr 4000 Stück zurückgegangen ist. Hierin drückt sich die Bevorzugung der Milchwirtschaft gegenüber anderen landwirtschaftlichen Betriebszweigen aus. Die bereits in den Vorjahren beobachtete Steigerung hielt weiterhin an und dürfte das Vorjahr um schätzungsweise 20 Proz. übersteigen.

Im Gegensatz zu den früheren Jahren hielten sich die Milchpreise auf gleicher Höhe ohne Schwankungen. Dagegen verzeichnete der Molkereiproduktmarkt große Preischwankungen. Die Butterproduktion der Badischen Molkereien steht noch weit hinter der der Vorkriegszeit zurück. Die badische Markenbutter hat infolge ihrer guten Qualität vollen Ankauf gefunden. Der Verband hat den Molkereien und Milchgenossenschaften empfohlen, sich korporativ dem freiwilligen Tuberkuloseföhligungsverfahren anzuschließen, um auch damit der Forderung einer gefunden Milch Rechnung zu tragen.

Die Zahl der dem Badischen Molkereiverband angeschlossenen Genossenschaften einschließlich der Privatmolkereien betrug auf Jahreseschluß 293 mit rund 18.000 Einzelmitgliedern. An 190 Milch- und Molkereigenossenschaften wurden 1928 rund 61 Millionen Liter Frischmilch angeliefert, wovon etwa 52,9 Millionen Liter als Frischmilch abgesetzt und 8,2 Millionen Liter entrahmt und verarbeitet wurden. An Butter wurden erzeugt rund 680.000 Pfund. Die Gesamtmenge der erfassten Milch belief sich auf circa 80 Millionen Liter im Jahre und circa 9000 Zentner Butter. Die Bruttoeinnahme von 190 Milch- und Molkereigenossenschaften betrug 12.028.000 RM.

Kurze Nachrichten aus Baden

ib. Mannheim, 17. Mai. Der schwer verletzte achtjährige Sohn Erich des Freiwilligen aus dem Leben geschiedenen Straßenbahnfahrers Fehr liegt noch immer in bedenklichem Zustand darnieder. — Wie jetzt mitgeteilt wird, war Fehr wegen der ihm nachgewiesenen geringfügigen Verletzung weder entlassen noch vom Dienste suspendiert. Es schwebt in der Angelegenheit lediglich eine Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen war, als Fehr diese unglückliche Tat vollbrachte.

ib. Kenzingen (bei Emmendingen), 17. Mai. In der Nacht auf Donnerstag brach in dem Hause des Friseurmeisters Emmender Feuer aus, von dem auch zwei Nachbarhäuser ergriffen wurden. Sämtliche drei Wohnhäuser brannten bis auf die Grundmauern nieder. Vor zwei oder drei Jahren gingen in Kenzingen an der Kieselquerstraße auf einen Schlag fünf Häuser in Flammen auf.

ib. Freiburg i. B., 15. Mai. Die diesjährige Alemannische Woche wird am Samstag, den 8. Juni, in der Festhalle zu Freiburg mit einem Heimatabend eröffnet werden. Die Veranstaltung enthält in ihrem Mittelpunkt in Form eines Heimatspiels eine Schwarzwalder Bauernhochzeit mit ihren Trachten und Volksbräuchen. Wilhelm Fladt, der Verfasser der Breisacher und Etlinger Festspiele hat dieses Heimatspiel für den Landesverein „Badische Heimat“ besonders geschaffen.

ib. St. Blasien, 14. Mai. Bei den Arbeiten für das Schluffeswerk sind zur Zeit etwa 600 Personen beschäftigt. Die wichtigsten Arbeiten werden gegenwärtig bei Häusern im Schwarzachtal ausgeführt. Innerhalb der Staunzone ist schon eine ganze Reihe Bäume gefällt worden. Das Gasthaus Seeburg, das durch den Bau des Schluffeswerks in etwa zwei Jahren verschwinden wird, ging aus dem jahrelangen Besitz der Familie Jechle an die Schluffeswerk-A.-G. über.

ib. Furtwangen, 17. Mai. Gestern Abend kurz vor Mitternacht entstand in einem alten Wohnhaus in der Nähe des Rathauses ein Brand, der rasch um sich griff und das Wohnhaus in kurzer Zeit in Asche legte. Das Rathaus und das Hotel Riekhaber („Zum Ochsen“) schwebten zeitweise in Gefahr.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhefetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Oberregierungsrat Karl Kausch zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Baden, Oberregierungsrat Wilhelm Pfisterer im Ministerium des Innern zum Oberregierungsrat als Stellvertreter des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Baden, Regierungsrat Georg Sägmüller bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Oberregierungsrat als hauptamtliches Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Baden mit Wirkung vom 1. Juli 1929 und Regierungsrat Dr. Alfred Schülch im Ministerium des Innern zum Oberregierungsrat daselbst.
Polizeihauptwachmeister Eugen Haas in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister in Heidelberg.
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Gendarmereinspektor Friedrich Leisinger in Freiburg, Gendarmereihauptwachmeister Max Wirthensohn in Weinheim.
Die feuerfreie Reichsanleihe

Verstorben:
Professor Anton Bed an der Realschule in Eppingen, Inspektorin Johanna Kad beim Akademischen Krankenhaus in Heidelberg.
Der ordentliche Professor der Pharmakologie an der Universität Heidelberg Dr. Hermann Wieland am 7. Mai 1929.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 18. Mai bis 27. Mai 1929.

Samstag, 18. Mai. Außer Miete. Einmaliges Gastspiel Max Ballenberg mit seinem Ensemble: Das große A. G. Komödie von Ragnol. 20-22 $\frac{1}{2}$ (7 N.).
Sonntag, 19. Mai. Außer Miete. Einmaliges Gastspiel der japanischen Sängerin Jodita Fuentes: Madame Butterfly. Musikalische Tragödie von Puccini. 19 $\frac{1}{2}$ -22 (9 N.).
Montag, 20. Mai. Nachmittags: Solus Solus. Von Curt Götz. 15 bis 17 (4 N.).
Abends: Außer Miete. Die Fledermaus. Operette von Johann Strauß. 19-22 (8 N.).
Dienstag, 21. Mai. * A. 26. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Sternengeböt. Oper von Siegfried Wagner. 19 $\frac{1}{2}$ -22 $\frac{1}{2}$ (7 N.).
Mittwoch, 22. Mai. * B. 26. Th.-Gem. 901-1000. Der Diktator. Tragische Oper von Krenel. Hierauf: Das geheime

Königreich. Märchenoper von Krenel. Hierauf: Schwerkriegs- oder Die Ehre der Nation. Burleske Operette von Krenel. 20 bis nach 22 (7 N.).

Donnerstag, 23. Mai. Volksbühne 5. Lannhäuser. Von Wagner. Der vierte Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. 19-22 $\frac{1}{2}$ (7 N.).

Freitag, 24. Mai. * F. 27 (Freitagmiete). Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. und 2. Hälfte). Nathan der Weise. Von Lessing. 19 $\frac{1}{2}$ -22 $\frac{1}{2}$ (5 N.).

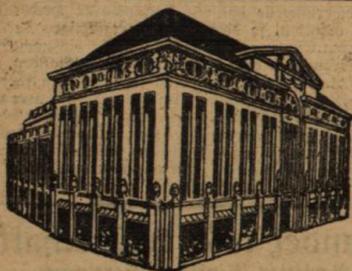
Samstag, 25. Mai. * E. 26. Th.-Gem. 551-600 und 701 bis 800. Neueinführung: Iphigenie auf Tauris. Schauspiel von Goethe. 20-22 $\frac{1}{2}$ (5 N.).

Sonntag, 26. Mai. * G. 27. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Carmen. Oper von Bizet. 19 bis nach 22 (8 N.).

Montag, 27. Mai. Volksbühne 6. Lannhäuser. Von Wagner. Der vierte Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 19-22 $\frac{1}{2}$ (7 N.).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 19. Mai. * Zum ersten Male: Das goldene Kalb. Schwank von Schwarz und Mathern. 19 $\frac{1}{2}$ bis gegen 22 (4,10 N.).

Montag, 20. Mai. * Das silberne Kaninchen. Lustspiel von Möller. 19 $\frac{1}{2}$ bis gegen 22 (4,10 N.).
Sonntag, 26. Mai. * Das goldene Kalb. Schwank von Schwarz und Mathern. 19 $\frac{1}{2}$ bis gegen 22 (4,10 N.).



DER HERR KNOPF

tätigt seine Pfingsteinkäufe bei Knopf, weil wir stets das Neueste preiswert und in guten Qualitäten anbieten

Städt. Sparkasse Oppenau Öffentliche Sparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1928.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeit.	RM
1. Kassenbestand	16 433,74	1. Spareinlagen	958 042,85
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassamt	178 084,08	2. Aufwertungs-spareinlagen	344 727,05
3. Wertpapiere	6 277,50	3. Giro und Kontokorrent-einlagen	83 270,62
4. Wechsel	16 385,20	4. Umschuldungskredite	12 000,—
5. Darlehen auf Hypothek.	209 230,—	5. Rücklagen von früheren Jahren	26 998,54
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	562 290,55	6. Reingewinn 1928	11 320,97
7. Darlehen auf Schuldschein	12 632,60		
8. Darlehen an Gemeinden	87 515,22		
9. Umschuldungskredite	12 000,—		
10. Zinsrückstände	6 748,50		
11. Aufwertungsaktive	171 332,20		
12. Aufwertungsabrechnungskonto	157 429,44		
13. Inventar	1,—		
	1 436 360,03		1 436 360,03

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 041 313,47 RM Einlagen = 52 065,65 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 38 319,51
somit weniger = 13 746,14 RM

Oppenau, den 15. Mai 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Bruder.

Der Geschäftsführer:
Bächle.

Spar- und Waisenkasse des Amtsbezirks Neustadt i. Schw. Öffentliche Verbandssparkasse.

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	11 959,62	1. Spareinlagen	2 305 201,69
2. Sorten und Coupons	406,05	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen	320 368,76
3. Wechsel	37 968,71	3. Anlehenskapitalien	826 190,—
4. Guthaben bei Reichsbank und Postsparkassamt	5 580,90	4. Aufwertungskonto	212 532,81
5. Wertpapiere	117,87	5. Reserverfonds	83 908,80
6. Kontokorrentdebitoren	208 092,65	6. Sonderumlagen	2 394,90
7. Darlehen geg. Hypothek.	386 791,78	7. Reingewinn vom Jahre 1928	50 622,01
8. Darlehen geg. Hypothek. an Gemeinden	2 207 328,62		
9. " geg. Bürgschaft	567 042,35		
10. " geg. Bürgschaft gegen Lombard	89 891,17		
11. Vorschüsse	20 415,10		
12. Zinsrückstände	659,41		
13. Verwaltungsgebäude	64 862,74		
14. Inventar	1,—		
Abschreibg.	1 056,60		
	3 601 118,97		3 601 118,97

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 2 625 570,45 RM = 131 278,50 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 136 825,71
somit mehr = 5 547,21 RM

Neustadt i. Schw., den 17. April 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Pfister, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:
Degen.

Wollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

Städt. Sparkasse Rastatt

Öffentlich-rechtliche Spar- und Kreditanstalt. S. Gegründet 1838
Ältestes Geldinstitut von Stadt und Bezirk Rastatt.

Darstellung des Vermögens und der Schulden am 31. Dezember 1928.

A. Vermögen	RM	B. Schulden	RM
1. Kassenbestand am 31. Dezember 1928	22 484,36	1. Spareinlagen:	
2. Kapitalien und zwar:		a) auf RM-Konten	4 646 970,23
a) Bankguthaben	177 905,01	b) a. Aufw.-Konten	2 119 238,71
b) Wechsel	191 192,98		6 766 208,94
c) Wertpapiere (Kurswert 31. 12. 28)	96 847,93	2. Sched u. Giroeinlagen	701 153,07
d) Darlehen in laufend. Rechnung	846 651,36	Kreditoren a. Kontokorrent-konten	32 738,18
Debitoren a. Girokonto	3 781,51		733 891,26
e) Schuldscheindarlehen an Private	235 321,55	3. Rücklagen:	
f) Lombarddarlehen	28 200,—	a) gesetzl. Reservefonds von früheren Jahren	116 578,30
g) übernommene Kaufschillinge	16 606,66	b) Reingewinn 1928	65 912,88
h) Gemeindepfandbriefe	209 874,75		182 491,18
i) Betriebskapitalanteil bei der Girozentrale Mannheim	139 500,—	4. Weitergeb. Wechsel	168 314,30
k) Darlehen auf Hypotheken	3 575 445,—	5. Bürgschaften	6 650,—
3. Gerätschaften	1,—		
4. Gebäude	261 165,90		
5. Einnahme-Rückstände	1 713,76		
6. Aufwertungsfordernngen — Kennbeitrag	1 679 816,80		
7. Fehlbetrag zur 18 $\frac{1}{2}$ % Proz. Einlage-Aufwertung nach Abzug der bereits bar bezahl. Forderungen	196 082,80		
8. Weitergeb. Wechsel	168 314,30		
9. Bürgschaften	6 650,—		
	7 062 591,97		7 682 591,37

Berechnung der Sicherheitsrücklage.

Die Rücklagen sollen laut § 17 der Satzung 10 vom Hundert der gesamten Reichsmark-Guthaben der Einleger betragen, mithin aus 5 330 891,45 RM = 533 089,14 RM vorhanden sind als Reingewinn einschl. Gewinn 1928 = 182 491,18 RM es fehlen somit bis zur satzungsmäßigen Höhe = 350 597,96 RM

Rastatt, den 15. April 1929

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Kemper, Oberbürgermeister.

Der Geschäftsführer:
Kuhn, Direktor.

Druck G. Braun, Karlsruhe

D. 998. Mannheim. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Albert Striße, Stahlfabrikant, wohnhaft gewesen in Mannheim, Laurentiusstraße 26, ist beabsichtigt eine Abschlagsverteilung vorzunehmen.

Der zur Verteilung verfügbare Massenbestand beträgt 2000 RM.

Die hierbei zu berücksichtigenden bevorrechtigten Forderungen 338,91 RM, die nichtbevorrechtigten Forderungen 6984,98 RM. Die bevorrechtigten sollen in

voller Höhe, die nichtbevorrechtigten in Höhe von 25 % Berücksichtigung finden.

Das Verzeichnis der teilnahmeberechtigten Forderungen liegt auf dem Amtsgericht 13. Mannheim zur Einsicht der Beteiligten offen.

Der Konkursverwalter:
Dr. Traub, Rechtsanw., Mannheim.

D. 990. Bruchsal/Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Straßer & Federbach, Kaltwerke, R.-G., in Bruchsal soll die Schlussverteilung erfolgen. Es betragen die bevorrechtigt. Forderungen 5 955,51 RM, die gewöhnlichen Forderungen 91 872,67 RM, verfügbar sind 17 410,76 RM.

Das Schlussverzeichnis liegt in der Geschäftsstelle des Bad. Amtsgericht III in Bruchsal zur Einsicht auf.

Bruchsal/Karlsruhe, 14. Mai 1929.

Der Konkursverwalter:
H. Brauchle.

Freihändiger
Nadelnholzverkauf

Forstamt Bundenhof, Samstag, den 25. Mai 1929 vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, etwa 3 250 fm. Losverzeichnis durch das Forstamt.

Freihändiger
Nadelnholzverkauf

Forstamt Bundenhof, Samstag, den 25. Mai 1929 vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, etwa 3 250 fm. Losverzeichnis durch das Forstamt.

Badisches Landestheater

Samstag, den 18. Mai

Außer Miete. Einmaliges Gastspiel Max Ballenberg mit seinem Ensemble

Das große A. G. Komödie von Ragnol

Regie: Gerhard Wittwilde:

Auen, Dergan, Linn, Süderich, Flamm-Gelbern, Garridon, Gerhard, Horn, Knabe, Reitel, Ballenberg

Anfang 20 Ende 22 1/2 Preise C 1-7 RM

So. 19. Mai. Einmaliges Gastspiel der japanischen Sängerin Jodita Fuentes:

Madame Butterfly. Im Konzerthaus:

Zum erstenmal: Das goldene Kalb, Mo. 20. Mai. nachmittags: Solus Solus,

abends: Die Fledermaus. Im Konzerthaus: Das silberne Kaninchen.

Colosseum

Täglich 8 Uhr

Wenn der weiße Flieder blüht

aktuelles Frühlingsinspiel

Kuhn, Direktor.